

---

## STUTTGARTER ZEITUNG

Wirtschaft

### Der Weg zum europaweiten Gütesiegel bleibt steinig

Gack, Thomas

611 words

20 February 2008

Stuttgarter Zeitung

12

German

(c) 2008, Stuttgarter Zeitung Ansprechpartner: 0049-711-7205-782

Das Europäische Parlament will mit neuen Gesetzen für mehr Produktsicherheit sorgen - Auch der Binnenmarkt soll gestärkt werden

Das EU-Parlament hat die Weichen für mehr Produktsicherheit gestellt. Gleichzeitig sollen unsinnige Vorschriften wegfallen. Eine schwierige Gratwanderung.

Von Thomas Gack, Straßburg

Was in einem EU-Land verkauft werden darf, muss grundsätzlich auch in den anderen EU-Ländern zugelassen werden. Das ist das Grundgesetz des europäischen Binnenmarkts. Doch wie so oft im Leben, stimmt auch hier die Wirklichkeit nicht immer mit dem hehren Prinzip überein. So darf deutscher Joghurt nicht in Frankreich verkauft werden. Die dort besonders strengen Vorschriften für Milchprodukte verhindern den Export über den Rhein. Schweden wiederum verweigert bestimmten Alukochtöpfen ausländischer Hersteller die Zulassung. Und in Deutschland müssen Fahrräder immer mit Dynamo ausgeliefert werden - ein Hindernis für ausländische Hersteller, die ohne liefern.

Nicht immer leuchtet ein, wieso die nationalen Behörden diese Importhürden eisern verteidigen. In Frankreich scheint der nationale Joghurtchampion Danone seine Hand im Spiel zu haben, in Schweden die Firma mit dem Elch, die lieber ohne ausländische Konkurrenz Kochtöpfe verkauft. Auch hinter der deutschen Dynamo-Regel stecke, so meinen die Binnenmarktexperten des Europäischen Parlaments, mehr Protektionismus als Sorge um die klare Sicht bei Nacht.

Künftig jedoch, so sind sich die baden-württembergischen Europaabgeordneten **Andreas Schwab** (CDU) und die Stuttgarterin Grüne Heide Rühle einig, kommen die Protektionisten in den EU-Staaten durch das gestern im Straßburger EU-Parlament beratene Gesetzespaket so unter Druck, dass die Hürden fallen werden. In Zukunft müssen nicht mehr die Hersteller beweisen, dass sie die schikanösen nationalen Vorschriften einhalten. Stattdessen müssen die EU-Staaten sich rechtfertigen, wenn sie dem Import aus Partnerländern Hindernisse in den Weg stellen.

Für 75 Prozent der Waren mit einem Marktvolumen von 1,5 Billionen Euro gelten europaweit schon jetzt die gleichen Sicherheitsstandards - vom Auto bis zur Kopfe-tablette. Bei den restlichen 25 Prozent versuchen die EU-Mitgliedstaaten mit eigenen Vorschriften die Verbraucher zu schützen - und oft auch ihre Industrie. "Der jetzt mit der EU-Kommission und dem EU-Ministerrat ausgehandelte Kompromiss stärkt den Binnenmarkt und gleichzeitig die Sicherheitsstandards", meint die Grüne Heide Rühle. Sie hat sich mit Erfolg für die Verschärfung der Marktaufsicht und mehr Verantwortung für Hersteller und Importeure eingesetzt.

"Das Gesetzespaket, das morgen endgültig beschlossen wird, gibt die richtigen Antworten auf die Globalisierung", sagt Rühle. Denn was nützen die schönsten EU-Vorschriften, wenn die Importeure aus China oder anderen asiatischen Billigländern nicht besser kontrolliert werden? Der Skandal um das bleihaltige Spielzeug aus China war, so vermutet man in Straßburg, nur die Spitze eines Eisbergs. Die neuen EU-Regeln zwingen künftig die nationalen Zollbehörden zu gezielten Kontrollen. Unzufrieden sind die deutschen Europaparlamentarier von den Grünen bis zu den Christdemokraten jedoch mit der Kennzeichnung der Waren. "Das CE-Zeichen ist irreführend. Es sagt überhaupt nichts über die tatsächliche Sicherheit des Produkts aus", kritisiert **Andreas Schwab**. Das wird sich vorerst auch nicht ändern. Denn die Osteuropäer haben sich dagegen gewehrt, dass eine Art Gütesiegel, von neutralen Prüfstellen verliehen, europaweit eingeführt wird.

Die SPD-Abgeordnete Barbara Weiler hält die Kritik am CE-Kennzeichen aber nicht für stichhaltig: "Das CE-Kennzeichen war nie als Sicherheitszeichen für die Verbraucher gedacht, sondern für den internen Gebrauch von Industrie und Handel." Es sage nur aus, dass das Produkt mit EU-Regeln konform sei. Das neue Gesetzespaket soll nun dazu beitragen, dass die Hersteller wenigstens diese Regeln einhalten. Europas Volksvertreter wollen ein europaweit gültiges Sicherheitszeichen, das von einer neutralen Stelle verliehen wird - eine Art Waren-Tüv. EU-Kommissar Verheugen hat versprochen, dass

die Kommission möglichst noch vor der Sommerpause einen Vorschlag dazu vorlegen werde. Bis dahin bleiben die in einigen EU-Mitgliedstaaten eingeführten nationalen Gütesiegel wie das deutsche GS-Zeichen gültig.

Document STUGTR0020080220e42k0001x